

Anhörung im Sächsischen Landtag am 5. Mai 2009 zum Gesetzentwurf der LINKEN:
Gesetz zur Umsetzung des verfassungsrechtlichen Anspruches auf Lehrmittelfreiheit in Sachsen
(Sächsisches Lehrmittelfreiheitsgesetz – SächsLFreiG)

Von Gisela Grüneisen, Vorsitzende des LER

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,
sehr geehrter Herr Minister,

Wer könnte zum Thema Lehrmittelfreiheit besser sprechen, als die Betroffenen selbst?

Es geht dabei um die Sicht der Kinder und Eltern aus der sich die Forderung nach:

1. Lehr-, Lern- und Arbeitsmittelfreiheit verbunden mit einem festen Regelsatz für jeden Schüler
2. einer Grundsicherung für Arbeitsmaterial (auf Antrag)
3. einem kostenlosen Schülertransport
4. und einer warmen Mahlzeit am Tag

ableiten.

Wollen die Kommunen oder das Land diese Kosten nicht tragen, dann sollen sie ehrlich sein und sagen, dass es nur einen teilweisen unentgeltlichen Schulbesuch in Sachsen gibt. Alles andere ist unredlich und zeigt unseren Kindern sehr früh, wie die Politik mit gespaltener Zunge redet.

Welche Kosten entstehen tatsächlich für Eltern?

Zur Grundausrüstung brauche ich nicht viel zu sagen, kämen da nicht noch außerdem mindestens 2 Paar Sportschuhe im Jahr und die Sportkleidung dazu. Das macht zusammen ca. 200 €. Dabei hoffen wir, dass unsere Kinder zwar groß werden, aber bitte nicht so schnell wachsen, nichts verlieren oder gestohlen bekommen.

Erhebliche Kosten entstehen beim Kauf der Schülermonatskarte! Schülertransport darf man ja nicht sagen, da es diesen bis auf wenige Ausnahmen in Sachsen nicht gibt. Der Kreistag beschließt die Schülerbeförderungssatzung auf der Grundlage der gesetzlichen Rahmenbedingung, die der Freistaat festlegt. Das Land gibt dafür Geld über die Schlüsselzuweisung pauschal weiter. Die Kreise klagen darüber, dass es für die vielen Aufgaben nicht reicht, schon gar nicht für den kostenlosen Schülertransport. Damit organisiert sich ein jeder die Verantwortung von sich weg und schiebt dem jeweils Anderen den schwarzen Peter zu. Leidtragende sind Eltern, die mit erheblichen Beträgen von ca. 120 – 140 € zu Kasse gebeten werden.

Weitere Kosten entstehen zu Beginn des Schuljahres durch die Anforderungen in den jeweiligen Fächern:

- Lehrwerke erhalten die Schüler leihweise vom Schulträger. Da sie aber nicht nur aus einem Schulbuch sondern z. B. aus dem Arbeitsheft, der Audio-CD, dem Grammatikbegleitheft oder Übungsvorlagen bestehen und nur in ihrer Gesamtkonzeption sinnvoll einsetzbar sind, werden Eltern zum Kauf der Lernmittel verpflichtet. Es stimmt, dass gute Lehrwerke so vielseitig aufgebaut sind. Werden also alle Teile des Lehrwerkes für den Unterricht gebraucht, darf es nicht sein, dass Eltern mit Kosten bis zu ca. 80 € belastet werden!-
- Kopierkosten von ca. 5-10 € sind dann nur noch Peanuts.
- Exkursionen sind als Unterricht definiert. Für die Verlagerung des Lernortes z. B. in Museen, Oper, Konzerte, Betriebsbesichtigungen entstehen erhebliche Kosten. Leicht kommen bei drei Exkursionen Kosten von 50-100 € zusammen. Wir Eltern befürworten Exkursionen, doch wenn sie Unterricht an einem anderen Ort bedeuten, dann hat das unentgeltlich zu geschehen. Bestes Beispiel sind dafür die Besuche im Landtag oder Bundestag. Danke an alle Abgeordneten, die dies ermöglichen.

Alle ein bis zwei Jahre fahren Klassen auf Klassenfahrten. Sie sind pädagogisch i. d. R. sinnvoll und ebenfalls Unterricht in anderer Form. Die Kosten von 75-300 € und mehr tragen die Eltern. Das hat nichts mehr mit unentgeltlichem Schulbesuch zu tun!

Je nach Schulform und Fach werden dann noch besondere Arbeitsmittel festgelegt. Den Bedarf definiert die jeweilige Fachkonferenz, begründet aus den Anforderungen im Lehrplan oder mit der pädagogischen Freiheit. Dadurch tragen Fachschaften keine Verantwortung und greifen direkt und ungeniert in den Geldbeutel der Eltern. So entstehen beispielsweise kostspielige Fach- und Abschlussarbeiten oder Fachkonferenzbeschlüsse, auf denen z. B. ein besonderes Taschenrechnermodell festgelegt wird. Eltern erhalten dann nur noch die Mitteilung, dass sie dieses Modell kaufen müssen.

Sollten sie ein anderes, funktionsgleiches aber preiswerteres Modell wählen, darf der Schüler es benutzen – ABER:

- Lehrer erklären ihm das Modell nicht!
- man sagt Eltern, dass sie den schulischen Erfolg ihres Kindes gefährden,
- dass Eltern ihr Kind benachteiligen,
- dass dieser bestimmte Taschenrechner Zugangsvoraussetzung für dieses Gymnasium sei.
- Ich spreche hier auch aus persönlicher Erfahrung!

So unter Druck gesetzt, zahlen z. B. Gymnasialeltern 200€ für einen TI-Voyage 200.

- obwohl es eine kostenfreie Software des Kultusministeriums gibt und die Schulträger und das Land alle Voraussetzungen über Medios geschaffen haben,
- obwohl Tafelwerke mit interaktiver CD-Rom für 14,95 € erhältlich sind, die alle geforderten Rechenoperationen ermöglichen,
- obwohl einzelne Schulen zeigen, wie sie mit Klassensätzen und der kostenfreien Software in den PC-Kabinetten den Lehrplan erfüllen.

Eltern begehren seit 2005 auf! Sie werden bis heute von Schule vorsätzlich falsch informiert, manipuliert, eingeschüchtert und müde gemacht. Bestenfalls können sie als Bittsteller kommen, dann um Freixemplare, Ratenkredite oder Stundung betteln. Dies ist beschämend!

Der Schriftwechsel dazu füllt seit 2005 zahlreiche Aktenordner. Das SMK und die SBA zeigen sich verständnisvoll, geben Eltern Recht, aber sagen gleichzeitig, dass sie nicht in die pädagogische Freiheit eingreifen. Die Schule beruft sich auf den Lehrplan. Schon wieder ist keiner verantwortlich und die Eltern müssen zahlen. Ich brauche nicht zu erwähnen, dass SGB II und Hartz-IV Empfänger, genauso wenig wie Einkommensschwache oder kinderreiche Familien, keine Unterstützung bekommen.

Lehrmittelfreiheit heißt auch nicht, dass keine Lektüre gekauft werden muss. 30 € und mehr sind dabei keine Seltenheit, Schulbestände sind veraltet. Einige Lehrer verlangen sogar ganz bestimmte Ausgaben, sodass die Familienbibliothek nicht genutzt werden darf.

Ein enormer Kostenfaktor ist die Nachhilfe. Der private Nachhilfemarkt übernimmt immer stärker eigentliche Pflichtaufgaben der Schule. Etwa jedes 4. Kind besucht sie im Laufe seiner Schulzeit. Zahlungskräftige Eltern erkaufen sich darüber Bildungschancen. Nachhilfe ist in der Regel nicht unter 80-100€ pro Monat zu erhalten und erhöht sich um jedes weitere Fach.

Zusätzlich unterliegen unsere Kinder innerhalb der Schule einem erheblichen Gruppenzwang. Arme Eltern versuchen bei ihren Kindern einen Konsumstatus aufrecht zu erhalten. Wer materiell nicht mithalten kann, gehört zu den Verlierern => (vergl. UNICEF-Bericht, SINUS-Studie, „Eltern unter Druck“ - eine Studie der Konrad Adenauer Stiftung)

Der Kostenüberschlag bis hier hin ergibt eine Summe zwischen ca. 400 € bis 1.500 €.

Wer da noch immer von einem unentgeltlichen Schulbesuch redet, der sagt nicht die Wahrheit. Das wäre wie kostenlos ins Kino gehen zu dürfen, um dann für den Film extra bezahlen zu müssen.

Wir haben dabei noch nicht vom Schulessen gesprochen, das für viele Schüler nicht bezahlbar ist.

Was bedeuten diese realen Kosten für Eltern? Wie wirkt sich das auf Kinder aus?

- Sächsischen Haushalten bleibt am zweitwenigsten vom Nettoeinkommen in Deutschland. Besonders häufig liegen Familien mit mehreren Kindern, Einkommensschwache und Alleinerziehende weit unter dem Durchschnittswert.
Der Caritasverband in Dresden hatte 2008 bereits 30 % mehr Anträge auf Unterstützung für Schulmaterial, allein in Dresden über 300. Er spricht von einer steigenden Katastrophe.
- Sachsen hat über 42% Alleinerziehende.
- Nur ca. 1/3 der Väter zahlen Unterhalt.
- SGB II und Hartz-IV Empfänger erhalten nur bei Klassenfahrten Unterstützung.
➔ Alle anderen Kosten sind zumutbar.
- Einkommensschwache und kinderreiche Familien fallen komplett durch das Unterstützungsraster und haben oft weniger als SGB II oder Hartz-IV Empfänger.
- Schüler entwickeln besondere Strategien, um ihre Armut nicht sichtbar werden zu lassen:
 - Sie vergessen ihr Sportzeug und ihre Arbeitsmittel mit Regelmäßigkeit. (Oft besitzen Sie die Dinge nicht.)
 - Sie gelten lieber als faul und unordentlich - als - als sichtbar arm.
 - Sie riskieren alle Sanktionen des Schulsystems.
 - Sie schwänzen die Schule, die sie als Ort sozialer Demütigung erleben.
 - Sie besitzen und zeigen Statussymbole überdurchschnittlich, meist nur, um ihre Armut nicht sichtbar werden zu lassen.

Fazit:

1. Die Kosten für den unentgeltlichen Schulbesuch sind von regionalen Faktoren abhängig, die Eltern nicht beeinflussen können.
2. Der Wohnort entscheidet maßgeblich über die Kosten, die pro Schüler vom Landkreis aufgewendet werden und die für Eltern entstehen. Die Spanne ist riesig! - Ich verweise hier auf die Kl. Anfrage der SPD vom 25.04.09 (Drs. Nr: 4/11603)
3. Die scheinbare Mittellosigkeit und angebliche Unterfinanzierung der Kommunen wird 1:1 an die Schulen und Eltern weitergereicht.
4. Schulen verschärfen die Belastung der Eltern durch eigenmächtige Forderungen, ohne dass ihnen jemand Einhalt gebietet.

Damit verschärft sich durch den Schulbesuch die systematische Ausbeutung und Schlechterstellung der Familien, besonders mit mehreren Kindern, und Alleinerziehenden!

Forderungen des Landeselternrates:

1. Alle durch den Schulbesuch verursachten Ausgaben, also auch die Kosten der Exkursionen und Klassenfahrten, müssen mit Ausnahme des Verbrauchsmaterials (Hefte, Stifte oder persönliche Kleidung) vom Land und/oder der Kommune im Rahmen einer Grundsicherung der Bildung getragen werden.
2. Für jeden Schüler in seiner Schulart muss ein fester Regelsatz für Lehr-, Lern- und Arbeitsmittel, Schülerbeförderung und sonstige Ausgaben im Haushalt festgelegt und ausgewiesen werden.
3. Familien und Alleinerziehende erhalten jährlich auf Antrag einen Anspruch auf Grundausstattung, wenn ihr verfügbares Haushaltseinkommen das durchschnittliche in Sachsen unterschreitet.
4. Alle Schüler haben einen Anspruch auf eine kostenlose warme Mahlzeit in der Schule.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!

(Es gilt das gesprochene Wort.)